

Polizei- und Ordnungsrecht

Kingreen / Poscher

13. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-81989-6
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

GRUNDRISSE DES RECHTS

Kingreen/Poscher · Polizei- und Ordnungsrecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Polizei- und Ordnungsrecht

mit Versammlungsrecht

von

Prof. Dr. Thorsten Kingreen

Universität Regensburg

Prof. Dr. Ralf Poscher

Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit
und Recht

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

beck-shop.de
begründet und bis zur 7. Auflage bearbeitet von
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Prof. Dr. Bodo Piroth

Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Bernhard Schlink

Humboldt-Universität zu Berlin

Rechtsanwalt Michael Kniesel

chem. Polizeipräsident in Bonn

13. Auflage 2024



C.H. BECK

Zitiervorschlag: Kingreen/Poscher POR § 1 Rn. 1


beck.de
ISBN 978 3 406 81989 6
ISBN E-Book 978 3 406 81990 2

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: 3w+p GmbH, Rimpar
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Für die Neuauflage haben wir die Darstellung der polizeilichen Spezialbefugnisse neu strukturiert und dabei die Paragraphen zu den informationellen Befugnissen in weiten Teilen neu gefasst. Die eingehende Überarbeitung der informationellen Befugnisse ist didaktisch motiviert. Die Darstellung legt nun einen stärkeren Fokus auf die Strukturen der informationellen Befugnisse und ihren systematischen Zusammenhang. Angesichts der ständig anwachsenden Anzahl an Datenerhebungs- und -verarbeitungsvorschriften drohte bei der Fortschreibung der Einzeldarstellungen die Gefahr, dass die Grundstrukturen unter den immer weiter ausdifferenzierten Detailregelungen verschwinden, der Wald vor lauter Bäumen nicht mehr gesehen wird. Die Neustrukturierung erlaubte eine Straffung der Darstellung, die auch prüfungspraktisch angezeigt ist. Einige Bundesländer haben das polizeiliche Datenschutzrecht bereits formell aus dem Pflichtfachkanon für das Erste Staatsexamen herausgenommen, und auch aus den anderen sind uns keine Examensklausuren zum polizeilichen Datenschutzrecht bekannt. Ausführlicher haben wir hingegen auf die verfassungsrechtlichen Fragen hingewiesen, die mit den informationellen Befugnissen der Polizei verbunden sind, da Klausuren mit einem verfassungsrechtlichen Schwerpunkt gerade auch polizeiliche Befugnisse zum Anknüpfungspunkt nehmen können.

Das gesamte Lehrbuch haben wir auf der Grundlage der seit der letzten Auflage veröffentlichten Rechtsprechung und Literatur aktualisiert, angepasst und an einzelnen Stellen auch überarbeitet. Die aktuelle Rechtsprechung und Literatur wurde bis Ende April 2024 berücksichtigt.

Schließlich haben wir das gesamte Lehrbuch mit Hilfe der Freiburger Lektorin Katharina John einer Überprüfung und Überarbeitung im Hinblick auf geschlechtergerechte – sowie stereotypfreie – Sprache unterzogen. Angesichts der noch volatilen Diskussion um eine Änderung der Sprachregeln haben wir uns für einen nicht revisionistischen Ansatz entschieden. Viele der im Kontext abstrakt-verallgemeinernder Aussagen verwendeten Personenbezeichnungen konnten nicht verändert werden, da sie im Gegensatz zu Nomen mit ausschließlich femininem Sexus-Bezug eine generische Funktion erfül-

len. Es handelt sich kontextbedingt nur grammatisch gesehen um maskuline Formen, die sprachlich keinen Sexus- oder Genderbezug aufweisen. Aufgrund des jedoch nicht zu leugnenden assoziativen Effekts generisch maskuliner Formen – insbesondere im Singular – wurden sie aber dort ersetzt, wo dies ohne Verlust semantischer Deckungsgleichheit möglich war. In Frage kamen hier geschlechtsneutrale Nomen wie vor allem die generisch verwendbare, femininen Genus aufweisende Bezeichnung „die Person“, Partizipien oder auch den assoziativen Sexus-Effekt abmildernde Pluralformen. Frau John hat auf dieser Grundlage weit mehr als tausend Änderungsvorschläge gemacht, von denen wir die meisten angenommen haben. Frau John gebührt für ihre sprachliche Einfühlsamkeit, ihre Sorgfalt, Ausdauer und Mühe unser ganz besonderer Dank.

Ferner danken wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr für die engagierte Unterstützung bei der Aufbereitung der vielfältigen Gesetzesänderungen, der neu erschienenen Rechtsprechung und Literatur sowie der Überarbeitung des Registers: in Regensburg Luisa Effenberger, Sanaïna Hocke, Karolin Kollmuss, Regina Langer, Bastian Lerzer und Frederik Reinelt und in Freiburg Malte Joeres, Jasmin Lutz, Jonah Röper, Elea Schweizer, Anika Störk, Isabelle Weiß und der Lektorin Beate Lickert.

Besonders danken wir Dr. Jakob Hohnerlein (Freiburg) und Zachariasz Hussendörfer (Regensburg) für die engagierte und eigenverantwortliche Betreuung des Überarbeitungsprozesses. Sehr herzlich danken wir auch Frau Annika Storck für die hervorragende verlegerische Betreuung des Werks.

Schließlich möchten wir uns auch bei unseren Leserinnen und Lesern für wertvolle Verbesserungsvorschläge bedanken. Auch in Zukunft würden wir uns über Hinweise, Anregungen und Kritik freuen.

Regensburg/Freiburg im August 2024

*Thorsten Kingreen
Ralf Poscher*

Vorwort zur 8. Auflage

Das Lehrbuch von Bodo Pieroth, Bernhard Schlink und Michael Kniesel ist erstmals 2002 erschienen. Es gilt dem allgemeinen Polizei- und Ordnungsrecht als Referenzgebiet für ein Regelungsmodell, das weite Gebiete des besonderen Verwaltungsrechts prägt. Dabei unternahmen es die Autoren erstmals, die für das juristische Studium besonders wichtigen Eingriffsbefugnisse des Polizei- und Ordnungsrechts anhand einer einheitlichen dogmatischen Struktur aufzubereiten. Sie erschließt einen systematischen Zugang zu einer Vielzahl von Einzelregelungen nicht nur der Polizeigesetze, sondern auch vieler weiterer ordnungsrechtlicher Vorschriften, wie dies seit der 3. Auflage exemplarisch für das besonders prüfungsrelevante Versammlungsrecht veranschaulicht wird. Nicht zuletzt in dieser dogmatischen Strukturierungsleistung liegt das besondere Verdienst der Darstellung für die Lehre, aber auch für die wissenschaftliche Durchdringung des Stoffs.

Wir danken unseren akademischen Lehrern Bodo Pieroth und Bernhard Schlink sowie Michael Kniesel ganz herzlich dafür, dass sie uns die Fortführung des Lehrbuchs anvertraut haben. Mit dieser 8. Auflage stand seine Überarbeitung erstmals unter unserer Verantwortung. Die Auflage ist auf dem Stand von Juni 2014.

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Lehrstühle sehr für die engagierte Unterstützung bei der Aufbereitung der vielfältigen Gesetzesänderungen und der neu erschienen Rechtsprechung und Literatur: in Regensburg Annika Ascher, Armando Bezold, Florian Nagel, Miriam Roth und Johannes Thieme sowie in Freiburg Dr. Benjamin Rusteberg, Lorenz Klingebiel, Amaury Korte-Pilleul, Lukas Landerer, Laura Wallenfels und Laura Zimmermann. Über Hinweise und Kritik unserer Leserinnen und Leser würden wir uns freuen.

Regensburg/Freiburg, August 2014

*Thorsten Kingreen
Ralf Poscher*

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort der 7. Auflage

Das Polizei- und Ordnungsrecht ist für das Studium des Öffentlichen Rechts von zentraler Bedeutung. Zugleich ist es nicht leicht zu lernen und zu beherrschen. Das liegt daran, dass es seine dogmatische Gestalt vor rund hundert Jahren gewonnen hat und seitdem um zahllose gesetzliche Regelungen ergänzt und in zahlreichen dogmatischen Aussagen geändert wurde, dass diese Ergänzungen und Änderungen aber punktuell erfolgten und sich systematisch nicht zusammenfügen. So stimmt die alte dogmatische Gestalt nicht mehr recht, ohne dass schon eine neue an ihre Stelle treten könnte.

Die neue dogmatische Gestalt des Polizei- und Ordnungsrechts bereitet sich vor, ist aber noch nicht fertig. Denn noch immer ist das Polizei- und Ordnungsrecht im Übergang: von einem Recht der Generalklauseln zu einem Recht der Spezialermächtigungen, von einem Recht der konkreten zu einem Recht der abstrakten Gefahrenabwehr, von einem auf objektive zu einem auf subjektive Befunde und Kriterien setzenden Recht. Zugleich verschiebt sich das Gefüge der Aufgaben und Befugnisse; Kompetenzen wandern von den Ländern zum Bund und von beiden zu europäischen Einrichtungen, die Grenzen zwischen polizeilicher und geheimdienstlicher Tätigkeit werden durchlässig, und das private Sicherheitsgewerbe drängt auf die rechtliche Anerkennung seiner wachsenden tatsächlichen Bedeutung.

Ein Lehrbuch kann dem Übergang nicht vorausgreifen. Es kann die Ergänzungen und Änderungen, statt sie neben die alte dogmatische Gestalt zu stellen, ihr einfügen und, wo dies nicht geht, erklären, warum sie die alte dogmatische Gestalt sprengen und auf welche neue sie hinlaufen. Es kann das Polizei- und Ordnungsrecht nicht geschlossener, nicht einfacher machen als es ist. Aber es kann es transparent machen.

[...] Das vorliegende Lehrbuch ist daher ein Lehrbuch des Polizei- und Ordnungsrechts in der Bundesrepublik Deutschland. Zugleich erkennt es das Bedürfnis der Studentinnen und Studenten nach vollständiger und verlässlicher Information über die einschlägigen Bestimmungen des jeweiligen Landesrechts an. Es weist deshalb nicht exemplarisch hier diese und dort jene, sondern stets alle einschlägigen landesrechtlichen Bestimmungen nach. Während sich die Nachweise

aus Rechtsprechung und Literatur im Text finden, sind die Fußnoten den landesrechtlichen Nachweisen vorbehalten. [...]

Systematisch behandelt der Text in den ersten drei Teilen die allgemeinen Fragen und die Generalklauseln; im vierten, größten Teil behandelt er die Spezialbefugnisse. Bei den einzelnen Spezialbefugnissen erzählt er nicht die gesetzlichen Bestimmungen paraphrasierend und kommentierend nach, wie dies gemeinhin geschieht, sondern legt eine einheitliche, nach Begriff, rechtlicher Grundlage, formeller und materieller Rechtmäßigkeit, Schutzgut, Gefahr, Pflichtigkeit, Verhältnismäßigkeit und Durchsetzung unterscheidende Systematik zugrunde. Der fünfte Teil widmet sich konzentriert dem Versammlungsrecht als besonderem Gefahrenabwehrrecht für Versammlungen, weil es im Studium und in den Prüfungen eine besondere Bedeutung hat. Im sechsten Teil behandelt der Text die Regelungen über Vollstreckung, Kosten und Schadensausgleich, die die Aufgaben und Befugnisse als den Kern des Polizei- und Ordnungsrechts abrunden und ergänzen. Im siebten Teil leitet er die Umsetzung des systematisch präsentierten Stoffs in die in Ausbildung und Prüfung geforderte Fallbearbeitung an.

[...]

Berlin/Königswinter/Münster, Juli 2012

*Bodo Pieroth
Bernhard Schlink
Michael Kniessel*

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Vorwort zur 8. Auflage	VII
Aus dem Vorwort der 7. Auflage	IX
Inhaltsverzeichnis	XIII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Polizei- und Ordnungsgesetze	XXIII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXVII
Zum Arbeiten mit diesem Buch	XXIX

1. Teil. Grundlagen

§ 1. Geschichte und Begriff	1
§ 2. Strukturen	21
§ 3. Aufgaben	44
§ 4. Rechtsquellen	59

2. Teil. Polizei- und ordnungsbehördliche Generalklauseln

§ 5. Ermächtigungsgrundlagen	79
§ 6. Zuständigkeit, Verfahren und Form	90
§ 7. Schutzgüter	98
§ 8. Der Begriff der Gefahr	115
§ 9. Pflichtigkeit	140
§ 10. Grundrechte, Verhältnismäßigkeit, Ermessen und Bestimmtheit	173

3. Teil. Operative Spezialbefugnisse

§ 11. Grundlagen der Spezialbefugnisse	190
§ 12. Platzverweisung, Aufenthaltsanordnung, Meldeanordnung und Kontaktverbot	200
§ 13. Gewahrsam	213
§ 14. Durchsuchungen	225
§ 15. Sicherstellung und Beschlagnahme	238

4. Teil. Informationelle Spezialbefugnisse

§ 16. Systematik der informationellen Befugnisse	248
§ 17. Imperative Datenerhebungsbefugnisse	255
§ 18. Nicht imperitive Datenerhebungsbefugnisse	280
§ 19. Befugnisse zur weiteren Datenverarbeitung	296

5. Teil. Besonderes Polizei- und Ordnungsrecht: Versammlungsrecht

§ 20. Systematik des Versammlungsrechts	315
§ 21. Befugnisse vor Beginn der Versammlung	327
§ 22. Befugnisse im Verlauf der Versammlung	345
§ 23. Befugnisse am Ende der Versammlung	352

6. Teil. Verordnungen zur Gefahrenabwehr

§ 24. Verordnungen	356
--------------------------	-----

7. Teil. Folgen

§ 25. Vollstreckung	367
§ 26. Kostentragung	385
§ 27. Schadensausgleich	396

8. Teil. Der Polizei- und Ordnungsrechtsfall

§ 28. Technik der Fallbearbeitung	408
---	-----

Sachverzeichnis	431
-----------------------	-----



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Vorwort zur 8. Auflage	VII
Aus dem Vorwort der 7. Auflage	IX
Inhaltsübersicht	XI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Polizei- und Ordnungsgesetze	XXIII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXVII
Zum Arbeiten mit diesem Buch	XXIX

1. Teil. Grundlagen

§ 1. Geschichte und Begriff	1
I. Geschichte	1
1. Die wohlfahrtsstaatliche Polizei	1
2. Abschied vom Polizeistaat	4
3. General- und Spezialermächtigung	6
II. Materieller und formeller Polizeibegriff	8
1. Auseinanderfallen des Polizeibegriffs	8
2. Die sog. Entpolizeilichung nach dem Ende des nationalsozialistischen Staats	10
3. Ist der materielle Polizeibegriff überholt?	12
III. Entwicklungslinien des Polizeirechts seit 1949	13
1. Subjektivierungen	13
2. Entgrenzungen	14
3. Verlagerungen	16
§ 2. Strukturen	21
I. Das Recht der Gefahrenabwehr im Gefüge des Rechts der inneren Sicherheit	21
1. Sicherheit als Aufgabe des Staats	21
2. Funktionale Ausdifferenzierung der inneren Sicherheit	23
3. Polizei- und ordnungsrechtliche Gefahrenabwehr	31
4. Terminologie	35
II. Das Recht der Gefahrenabwehr im Gefüge der bundesstaatlichen Kompetenzordnung	36
1. Gesetzgebung	36
2. Verwaltung	37
III. Polizei- und ordnungsrechtliche Handlungsgrundlagen	39

§ 3. Aufgaben	44
I. Aufgabennormen	44
II. Aufgabentypologie	45
1. Gefahrenabwehr	46
2. Vollzugshilfe	47
3. Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	48
III. Aufgabenabgrenzungen	49
1. Verhältnis zwischen Polizei- und Ordnungsbehörden	49
2. Verhältnis der Polizei- und Ordnungsbehörden zu anderen Behörden	51
3. Verhältnis der Polizei- und Ordnungsbehörden zu den Gerichten	52
IV. Verhältnis zwischen Polizei- und Ordnungsbehörden und privaten Sicherheitsdiensten	55
1. Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch Private	55
2. Rechtliche Grenzen des Einsatzes privater Sicherheitsdienste	57
§ 4. Rechtsquellen	59
I. Europäisches Unionsrecht	59
II. Bundesrecht	59
1. Bundespolizeirecht	59
2. Bundesordnungsrecht	61
III. Landesrecht	63
1. Baden-Württemberg	63
2. Bayern	64
3. Berlin	65
4. Brandenburg	65
5. Bremen	66
6. Hamburg	66
7. Hessen	67
8. Mecklenburg-Vorpommern	68
9. Niedersachsen	69
10. Nordrhein-Westfalen	69
11. Rheinland-Pfalz	70
12. Saarland	71
13. Sachsen	72
14. Sachsen-Anhalt	73
15. Schleswig-Holstein	74
16. Thüringen	74
2. Teil. Polizei- und ordnungsbehördliche Generalklauseln	
§ 5. Ermächtigungsgrundlagen	79
I. Begriff und Rechtsgrundlagen	79
II. Verfassungsmäßigkeit	80

III. Rechtswirkungen	81
1. Ermächtigung zu notwendigen Maßnahmen	81
2. Subjektives Recht	82
IV. Verhältnis zu den Spezialermächtigungen	83
1. Funktion der Spezialermächtigungen	83
2. Sperrwirkung der Spezialermächtigungen	84
3. Auffangwirkung der allgemeinen Ordnungsgesetze	87
§ 6. Zuständigkeit, Verfahren und Form	90
I. Zuständigkeit	90
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	90
2. Anforderungen	91
3. Rechtsfolgen	94
II. Verfahren	94
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	94
2. Anforderungen	95
3. Rechtsfolgen	97
III. Form	97
§ 7. Schutzgüter	98
I. Allgemeines	98
II. Öffentliche Sicherheit	99
1. Die drei Teilschutzgüter	99
2. Unverletzlichkeit der Rechtsordnung	101
3. Unverletzlichkeit der subjektiven Rechte und Rechtsgüter der Einzelnen	105
4. Die Bestand des Staates und der Einrichtungen und Veranstaltungen des Staates und sonstiger Träger der Hoheitsgewalt	108
III. Öffentliche Ordnung	110
1. Das traditionelle Verständnis	110
2. Kritik	111
3. Normative Konkretisierung	113
§ 8. Der Begriff der Gefahr	115
I. Allgemeines	115
1. Bedeutung und Varianten des Gefahrbegriffs	115
2. Schädigung und Belästigung	115
3. Schädigungswahrscheinlichkeit, Gefahr und Risiko	116
II. Konkrete und abstrakte Gefahr	118
1. Der Unterschied	118
2. Bedeutung des Unterschieds	124
3. Qualifikationen der konkreten Gefahr	125
4. Umschreibungen konkreter und abstrakter Gefahren	127
III. Objektive und subjektive Gefahr	128
1. Der objektive Gefahrbegriff	128
2. Der subjektive Gefahrbegriff	133

§ 9. Pflichtigkeit	140
I. Allgemeines	140
II. Verhaltensverantwortlichkeit	142
1. Die Personen und ihr Verhalten	142
2. Verursachung	144
3. Anscheins- und Verdachtsstörer	148
4. Zweckveranlasser	150
III. Zustandsverantwortlichkeit	152
1. Die Personen und ihre Sachen	152
2. Verursachung	154
IV. Verantwortlichkeit bei Rechtsnachfolge	157
1. Ausgangspunkt: keine Rechtsnachfolge in die Verantwortlichkeit	157
2. Die Verantwortlichkeit nach ihrer Konkretisierung	158
3. Die Verantwortlichkeit vor ihrer Konkretisierung	160
V. Grenzen der Verantwortlichkeit	161
1. Legalisierungswirkung von Genehmigungen	161
2. Verjährung, Verwirkung, Verzicht	162
3. Artikel 14 Abs. 1, 2 GG	163
VI. Inanspruchnahme nichtverantwortlicher Dritter	165
VII. Auswahl unter mehreren Adressaten	170
1. Effektivität	170
2. Verhältnismäßigkeit und Neutralität	171
3. Faustformeln	171
4. Duldungsverfügung	172
§ 10. Grundrechte, Verhältnismäßigkeit, Ermessen und Bestimmtheit	173
I. Allgemeines	173
II. Grundrechte	176
1. Grundrechte als Abwehrrechte	176
2. Grundrechte als Schutzrechte	177
3. Grundrechtliche Gleichheit	178
III. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	179
1. Geeignetheit	180
2. Erforderlichkeit	181
3. Angemessenheit	183
IV. Bestimmtheit	184
V. Ermessen	185
1. Ermessenseinräumung	185
2. Ermessensreduktion auf Null	187
3. Anspruch auf Einschreiten	188

3. Teil. Operative Spezialbefugnisse

§ 11. Grundlagen der Spezialbefugnisse	190
I. Begriff der Spezialbefugnis	190
II. Systematisierung der Spezialbefugnisse	192
1. Operative und informationelle Spezialbefugnisse	192
2. Imperative und nicht imperative Spezialbefugnisse	193
3. Anordnungs- und Handlungsbefugnisse	194
III. Reichweite der Spezialbefugnisse	195
1. Handlung und Vollstreckung	195
2. Durchsetzungsspezialbefugnisse	196
3. Folgenregelungen	197
IV. Rechtsgrundlagen der Spezialbefugnisse	198
V. Prüfungsstruktur der Spezialbefugnisse	199
§ 12. Platzverweisung, Aufenthaltsanordnung, Meldeanordnung und Kontaktverbot	200
I. Begriffe und Rechtsgrundlagen	200
1. Begriffe	200
2. Betroffene Grundrechte	202
3. Rechtsgrundlagen	204
II. Formelle Rechtmäßigkeit	206
III. Materielle Rechtmäßigkeit	206
1. Platzverweisung	206
2. Meldeanordnung	208
3. Allgemeine Aufenthaltsanordnung	208
4. Wohnungsverweisung	211
5. Kontaktverbot	212
IV. Durchsetzung	212
§ 13. Gewahrsam	213
I. Begriff und Rechtsgrundlagen	213
II. Formelle Rechtmäßigkeit	216
1. Richtervorbehalt	216
2. Bekanntgabe	217
3. Rechtsbehelfsbelehrung	218
4. Benachrichtigung	218
III. Materielle Rechtmäßigkeit	219
1. Schutzgüter und Gefahr	219
2. Pflichtigkeit	221
3. Verhältnismäßigkeit	222
IV. Durchsetzung	224
§ 14. Durchsuchungen	225
I. Durchsuchung von Personen	226
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	226

2. Formelle Rechtmäßigkeit	227
3. Materielle Rechtmäßigkeit	227
II. Durchsuchung von Sachen	229
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	229
2. Formelle Rechtmäßigkeit	230
3. Materielle Rechtmäßigkeit	231
III. Durchsuchung und Betreten von Wohnungen	232
1. Begriffe und Rechtsgrundlagen	232
2. Formelle Rechtmäßigkeit	234
3. Materielle Rechtmäßigkeit	236
IV. Durchsetzung	238
§ 15. Sicherstellung und Beschlagnahme	238
I. Begriffe und Rechtsgrundlagen	238
II. Formelle Rechtmäßigkeit	241
III. Materielle Rechtmäßigkeit	242
1. Schutzgüter und Gefahr	242
2. Pflichtigkeit	244
IV. Durchsetzung	245
V. Herausgabe	246
4. Teil. Informationelle Spezialbefugnisse	
§ 16. Systematik der informationellen Befugnisse	248
I. Grundbegriffe: Daten und Informationen	248
II. Historische Entwicklung	250
III. Anlage des polizeilichen Datenschutzrechts	253
§ 17. Imperative Datenerhebungsbefugnisse	255
I. Befragung	256
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	256
2. Formelle Rechtmäßigkeit	257
3. Materielle Rechtmäßigkeit	257
4. Durchsetzung	260
II. Verkehrskontrolle, Prüfung von Berechtigungsscheinen	260
1. Begriffe und Rechtsgrundlagen	260
2. Formelle Rechtmäßigkeit	261
3. Materielle Rechtmäßigkeit	261
4. Durchsetzung	262
III. Identitätsfeststellung	262
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	262
2. Formelle Rechtmäßigkeit	263
3. Materielle Rechtmäßigkeit	263
4. Durchsetzung	271
IV. Erkennungsdienstliche Maßnahmen	271
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	271
2. Formelle Rechtmäßigkeit	274

3. Materielle Rechtmäßigkeit	275
4. Durchsetzung	276
V. Vorladung	277
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	277
2. Formelle Rechtmäßigkeit	277
3. Materielle Rechtmäßigkeit	278
4. Durchsetzung	279
§ 18. Nicht imperative Datenerhebungsbefugnisse	280
I. Begriff und Funktion	280
II. Rechtsgrundlagen	281
1. Generalklauseln	281
2. Spezialbefugnisse	282
III. Verfassungsrechtliche Prägung der Eingriffsermächtigungen	287
1. Materielle verfassungsrechtliche Anforderungen	287
2. Formelle verfassungsrechtliche Anforderungen	291
IV. Prüfungsstruktur: Verdeckte Datenerhebung in oder aus Wohnungen	293
1. Rechtsgrundlagen	293
2. Formelle Rechtmäßigkeit	294
3. Materielle Rechtmäßigkeit	295
§ 19. Befugnisse zur weiteren Datenverarbeitung	296
I. Von der Datenerhebung zur weiteren Datenverarbeitung	296
II. Rechtsgrundlagen	299
1. Generalklauseln zur weiteren Datenverarbeitung	299
2. Spezialbefugnisse zur Datennutzung	300
III. Verfassungsrechtliche Anforderungen	304
IV. Prüfungsstruktur: Rasterfahndung	308
1. Ermächtigungsgrundlage	309
2. Formelle Rechtmäßigkeit	309
3. Materielle Rechtmäßigkeit	309
V. Rechte des Pflichtigen	310
1. Unterrichtung, Auskunft	310
2. Berichtigung, Löschung bzw. Vernichtung, Sperrung	312
 5. Teil. Besonderes Polizei- und Ordnungsrecht: Versammlungsrecht	
§ 20. Systematik des Versammlungsrechts	315
I. Rechtsgrundlagen	315
II. Versammlungsrecht als Gefahrenabwehrrecht	315
III. Begriff und Formen der Versammlung	317
1. Versammlungszwecke	317
2. Versammlungsformen	319
IV. Verhältnis zum allgemeinen Polizei- und Ordnungsrecht	320

V. Zuständigkeiten	325
VI. Arten und Reichweite der Befugnisse	326
§ 21. Befugnisse vor Beginn der Versammlung	327
I. Anmeldepflicht	327
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	327
2. Rechtmäßigkeit	330
II. Auflage	331
1. Begriff und Rechtsgrundlage	331
2. Formelle Rechtmäßigkeit	331
3. Materielle Rechtmäßigkeit	332
III. Genehmigung der Verwendung von Ordnern	337
1. Begriff und Rechtsgrundlage	337
2. Formelle Rechtmäßigkeit	338
3. Materielle Rechtmäßigkeit	338
IV. Verbot	339
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	339
2. Formelle Rechtmäßigkeit	339
3. Materielle Rechtmäßigkeit	339
V. Bild- und Tonaufnahmen	342
1. Begriff und Rechtsgrundlage	342
2. Rechtmäßigkeit	342
VI. Gefährderansprachen, Meldeanordnungen, Kontrollen, Rückführungsgewahrsam	343
§ 22. Befugnisse im Verlauf der Versammlung	345
I. Entsendung von Polizeibeamten	345
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	345
2. Formelle Rechtmäßigkeit	345
3. Materielle Rechtmäßigkeit	346
II. Bild- und Tonaufnahmen	346
III. Ausschließung von Teilnehmern	347
1. Begriff und Rechtsgrundlage	347
2. Rechtmäßigkeit	348
IV. Andere polizeiliche Maßnahmen, Auflagen	349
1. Begriffe und Rechtsgrundlagen	349
2. Rechtmäßigkeit	351
§ 23. Befugnisse am Ende der Versammlung	352
I. Auflösung	352
1. Begriff und Rechtsgrundlage	352
2. Rechtmäßigkeit	353
II. Platzverweisung und Gewahrsam	354

6. Teil. Verordnungen zur Gefahrenabwehr

§ 24. Verordnungen	356
I. Begriff und Rechtsgrundlagen	356
II. Formelle Rechtmäßigkeit	359
1. Zuständigkeit	359
2. Verfahren	360
3. Form	360
III. Materielle Rechtmäßigkeit	361
1. Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht	361
2. Gefahr und Schutzgüter	361
3. Pflichtigkeit	363
4. Verhältnismäßigkeit	363
5. Bestimmtheit	364
IV. Durchsetzung	365

7. Teil. Folgen

§ 25. Vollstreckung	367
I. Allgemeines	367
1. Begriff	367
2. Grundsätzliche Bedeutung	368
3. Rechtsgrundlagen	368
4. Unterscheidung von gestrecktem und gekürztem Zwangsverfahren	369
5. Zwangsmittel	370
II. Gestrecktes Zwangsverfahren	375
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	375
2. Formelle Rechtmäßigkeit	375
3. Materielle Rechtmäßigkeit	378
III. Gekürztes Zwangsverfahren	381
1. Sofortiger Vollzug	381
2. Unmittelbare Ausführung	383
§ 26. Kostentragung	385
I. Grundsätze	385
1. Notwendigkeit spezieller Normierung	385
2. Kostenbegriff	386
II. Kostentragung durch die Polizeipflichtigen	387
1. Ersatzvornahme	388
2. Unmittelbarer Zwang	389
3. Unmittelbare Ausführung	391
4. Sicherstellung und Verwahrung	391
5. Rückgriff auf die Pflichtigen	392
6. Kostenausgleich unter mehreren Pflichtigen	392

III. Kostentragung durch Veranlasser oder Begünstigte	393
1. Grundsatz der Gebührenfreiheit	393
2. Zulässige Gebührenerhebung	393
IV. Geltendmachung der Kostentragung durch Leistungsbescheid	395
§ 27. Schadensausgleich	396
I. Der polizei- und ordnungsrechtliche Schadensausgleich im System der staatlichen Ersatzleistungen	396
II. Schadensausgleich für rechtmäßige Maßnahmen	398
1. Zugunsten von Nichtstörern	398
2. Zugunsten von Polizeihelfern	399
3. Zugunsten unbeteiligter Dritter	400
4. Zugunsten von Störern	401
5. Zugunsten des Anscheins- und Verdachtsstörers	401
III. Schadensausgleich für rechtswidrige Maßnahmen	403
IV. Einzelheiten des Schadensausgleichs	404
1. Inhalt, Art und Umfang	404
2. Beschränkung, Ausschluss, Vorteilsausgleichung	405
3. Verjährung, Konkurrenzen	406
4. Anspruchsgegner, Rechtsweg	407
8. Teil. Der Polizei- und Ordnungsrechtsfall	
§ 28. Technik der Fallbearbeitung	408
I. Grundfall	408
II. Variationen des Grundfalls	414
1. Verordnungsfall	414
2. Vollstreckungsfall	416
3. Kostenfall	419
4. Folgenbeseitigungsfall	420
5. Schadensausgleichsfall	422
6. Anspruch auf Einschreiten-Fall	424
III. Polizei- und Ordnungsrechtsfälle vor Widerspruchsbehörde und Gericht	425
1. Rechtswegeröffnung	426
2. Klageart	427
3. Klagebefugnis	429
Sachverzeichnis	431